

## „Sparpaket gefährdet sozialen Frieden“

Wohlfahrtsverbände schreiben an Abgeordnete – Warnung vor Auseinanderbrechen der Gesellschaft – Rücknahme gefordert

GIESSEN (tt). Die in der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Stadt und Kreis Gießen zusammengefassten Organisationen machen mobil gegen das von der CDU/FDP-Bundesregierung beschlossene Sparpaket. In einem von Caritasdirektorin Eva Hofmann, derzeit Vorsitzende der Liga, unterzeichneten Brief an die heimischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten fordern die Verbände die Rücknahme der Streichungen.

Diese belasteten den Sozialbereich mit fünf Milliarden von einem Gesamtvolumen in Höhe von zehn Milliarden Euro und das vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010, in dem festgestellt worden sei: „Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ergibt sich aus der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip. Es verpflichtet den Staat, einem Hilfebedürfti-

gen diejenigen materiellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums unbedingt erforderlich sind. Dieser verfassungsrechtliche Leistungsanspruch gewährleistet sowohl die physische Existenz des Menschen als auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen kulturellen und politischen Leben.“

Fünf Monate später falle gerade der Sozialbereich dem sogenannten Sparpaket zum Opfer. Es seien zum Beispiel die Streichung des Elterngeldes für Bezahler des Arbeitslosengeldes (ALG) II sowie Kürzungen beim Wohngeld/Heizkostenzuschuss vorgesehen. Mittel für Qualifizierung und Beschäftigung von Arbeitslosen würden drastisch zusammengestrichen. Mit den arbeitsmarktpolitischen Kürzungen werden keine nennenswerten finanzpolitischen Effekte erzielt werden, so die Wohlfahrtsverbände. Die Begründung, es würden Effizienzsteigerungen im

Bereich der Arbeitsmarktpolitik erzielt, sei unhaltbar. Die anhaltend hohe Arbeitslosenzahl belege, dass gerade hier keinerlei Spielräume für Kürzungen seien. Jeder junge Mensch müsse weiterhin das Recht haben, einen Schulabschluss nachzuholen. Die zuständigen Behörden hätten Arbeitssuchende nach besten Möglichkeiten zu unterstützen. „Hier zu streichen und Rechtsansprüche in Ermessensleistungen der Agenturen umzuwandeln, belastet Menschen, die ohnehin schon das Gefühl haben, nicht mehr gebraucht zu werden, noch zusätzlich“, heißt es in dem Schreiben weiter. Auch die Streichung der Monatspauschale zur Rentenversicherung für Empfänger von Arbeitslosengeld II zeuge von einer beispiellosen sozialen Kälte. Damit fehlten wichtige Beitragszeiten, die wiederum das Risiko der Altersarmut erhöhen. Probleme würden dadurch nicht gelöst, sondern nur „auf später“ verschoben. Insbesondere die Kom-

munen, die durch ergänzende Leistungen in die Verantwortung genommen würden, würden weiter zunehmend belastet und jedweder politischen Handlungsmöglichkeit beraubt. „Während Streichungen auf dem Rücken der arbeitslosen Menschen und ihrer Familien stattfinden sollen, bleiben die Verursacher der Krise ungeschoren. Es droht ein weiteres Auseinanderbrechen der Gesellschaft“, heißt es weiter.

Die regionale Liga der freien Wohlfahrtsverbände in Stadt und Landkreis Gießen fordere die Rücknahme aller sozial- und arbeitsmarktpolitischen Streichungen. „Wir sehen den sozialen Frieden in den Kommunen gefährdet und warnen vor dem sozialen Sprengstoff, der in dieser weiteren Verschärfung der Armutssituationen und dem Wegbrechen von Teilhabemöglichkeiten liegt. Wir fordern Sie auf, sich ebenfalls für die Rücknahme der Streichungen einzusetzen“, lautet die Botschaft an die Abgeordneten.